

An die
Geschäftsleitung des
Kantonsrates
8090 Zürich

Einzelinitiative

betreffend Veröffentlichung der Petition bezüglich der jüdischen Schule an der Schöntalstrasse

Antrag:

Gemäss mehreren Medienberichten im Juni und Juli 2017 verlangt Frau Sonja Rueff-Frenkel, FDP-Kantonsrätin, zusammen mit anderen Mitgliedern des Zürcher Kantonsrats mittels einer Petition, dass die Elektrizitätswerke des Kantons Zürich mit der jüdischen Schule an der Schöntalstrasse bezüglich der Weiternutzung des Gebäudes durch die Schule nochmals Verhandlungen aufnehmen.

Diese Einzelinitiative bezweckt, dass diese Petition dieser Mitglieder des Kantonsrats, vom Kanton Zürich auf einer kantonalen Webseite, beispielsweise Kantonsrat.zh.ch, vollständig und gut auffindbar veröffentlicht wird, mindestens bis zur nächsten Kantonsratswahl.

Begründung:

Gemäss Medienmitteilungen von Mitte Juni und Anfang Juli 2017 (TA, NZZ, ZO) wollen die Elektrizitätswerke des Kantons Zürich (EKZ) ab Mitte 2018 an der Schöntalstrasse, wo jetzt noch eine private jüdische Tagesschule eingemietet ist, einen Neubau mit 70 Wohnungen erstellen. Das Gebäude an der Schöntalstrasse sei dieser jüdischen Schule im Jahr 2010 als - befristete Zwischenlösung - angeboten worden. Es habe sogar auch die Möglichkeit für einen Landabtausch mit Realersatz bestanden.

Obwohl diese Schule somit mehrere Jahre Zeit hatte, habe sie jedoch weder ein anderes Gebäude gefunden um den Schulbetrieb rechtzeitig verlagern zu können, noch habe sie für die EKZ bis Ende 2016 einen Realersatz gefunden.

Man kann sich fragen, ob da von Seite dieser Schule mit der nötigen Motivation vorgegangen wurde, oder ob man davon ausging, dass die Politiker es dann schon so richten, wie es am besten gefällt.

Sonja Rueff-Frenkel, FDP-Kantonsrätin, verlangt gemäss den Medienmitteilungen, zusammen mit vielen anderen Mitgliedern des Zürcher Kantonsrats, mittels einer Petition dass die EKZ mit der jüdischen Schule nochmals Verhandlungen aufnehme. Das Engagement von Frau Rueff-Frenkel erstaunt nicht: Gemäss Kantonsrat.zh.ch bestand von Frau Rueff von 06.2005 bis 02.2017 eine Interessenbindung zum israelitischen Frauenverein Zürich, als Vorstandsmitglied.

Bei Mitgliedern von offensichtlich christlich ausgerichteten politischen Parteien (CVP, ...) ist auch offensichtlich, dass diese die Interessen ihrer Religionsgemeinschaften vertreten. Bei den grösseren politischen Parteien ist allerdings überwiegend unklar, ob die betreffenden Mitglieder jeweils zusätzlich zu den politischen auch noch religiöse Interessen vertreten. Die SVP und die FDP weisen relativ hohe Anteile religiöser Mitglieder auf, die SP hingegen etwas weniger.

Welche der gewählten Mitglieder des Zürcher Kantonsrats nicht nur nichtreligiöse sondern auch religiöse Interessen vertreten, wird weder von den Mitgliedern selbst noch von den politischen Parteien publiziert, wird auch nicht vor den Wahlen bekanntgegeben. Somit müssen

Wählerinnen und Wähler insbesondere bei der SVP, bei der FDP und bei der SP bezüglich religiöser Ausrichtung der von den politischen Parteien unterstützten Politiker «die Katze im Sack kaufen».

Wie diese Petition zeigt, existiert im Zürcher Kantonsrat hintergründig auch eine grosse «Religiöse Partei» welche sich aus Mitgliedern verschiedener Religionsgemeinschaften und Mitgliedern verschiedener im Kantonsrat vertretener politischer Parteien zusammensetzt.

Da jede Religionsgemeinschaft in der Regel für sich allein in Anspruch nimmt, die «einzig richtigen und wahren» religiösen Ansichten zu vertreten, sind sich die diversen Religionsgemeinschaften gegenseitig nicht sympathisch. Wenn allerdings gemeinsame Interessen geschützt werden sollen, beispielsweise dass der Staat den Religionsgemeinschaften viel Geld zukommen lassen sollte, halten sie aber stark zusammen.

Bezüglich solchen Interessen ist es für die Religionsgemeinschaften sehr nützlich, wenn die Interessen der Religionsgemeinschaften direkt in den gesetzgebenden Parlamenten durch «ihre» Vertreter bzw. Parlamentarier wahrgenommen werden. Normalerweise natürlich etwas dezent damit diese Einflussnahme auf die Gesetzgebung nicht auffällt.

Diejenigen Mitglieder des Kantonsrats Zürich welche diese Petition unterstützen, sind offensichtlich stark motiviert, sich für religiöse Anliegen einzusetzen.

Genau diese Handlungsweise von Mitgliedern des Zürcher Kantonsrats interessiert viele Wählerinnen und Wähler, insbesondere diejenigen Wählerinnen und Wähler welche eine klare Trennung von Politik und Religion haben wollen, welche die Einflussnahme von Religionsgemeinschaften auf die Gesetzgebung abstellen wollen.

Diejenigen Mitglieder des Zürcher Kantonsrats welche diese Petition unterschrieben, haben das völlig freiwillig getan.

Die vollständige, dauernde und gut auffindbare Veröffentlichung dieser Petition, inklusive der vollständigen Liste, welche derzeitigen Mitglieder des Kantonsrats diese Petition unterstützen, ermöglicht es insbesondere nichtreligiösen Wählerinnen und Wählern, bei der nächsten Kantonsratswahl ihre Wählerlisten entsprechend anzupassen. Sie können dafür sorgen dass bisher amtierende religiöse Politiker möglichst abgewählt und durch neue, möglichst nichtreligiöse Personen ersetzt werden.

Das nennt man Demokratie.

Die Verheimlichung der religiösen Ansichten bzw. der religiösen Interessenbindungen der Mitglieder des Zürcher Kantonsrats, insbesondere durch die politischen Parteien, ist antidemokratisch, bezweckt offensichtlich, Wählerinnen und Wähler über wesentliche Sachverhalte möglichst unwissend zu halten, bezweckt offensichtlich, die Einflussnahme religiöser Gemeinschaften auf die Gesetzgebung zu gewährleisten.

Aufgabe eines demokratischen Staates, beziehungsweise von dessen Behörden ist allerdings grundsätzlich, die Demokratie zu fördern und sie nicht zu behindern. Das bedeutet, Informationen welche für die Entscheidungsfindung von Wählerinnen und Wähler wichtig sind, nicht zu verheimlichen sondern zu veröffentlichen.

Alles andere führt zu Politikverdrossenheit, führt dazu dass manche potentielle Wählerinnen und Wähler keinen Sinn darin sehen, an Wahlen überhaupt teilzunehmen, führt dazu dass sie mittels ihrer Nichtteilnahme den Politikern allgemein und den politischen Parteien den Stinkefinger zeigen, führt dazu, dass sich mehr oder weniger nur noch die Anhänger bzw. die Mitglieder der politischen Parteien bei den Wahlen ideologische Grabenkämpfe liefern.

Uster, 15. Juli 2017

Mit freundlichen Grüßen

Marcel Blunier